

Anträge

Inhaltsverzeichnis

S - 1	Steuererlassung auf E-Fuels	2
S - 2	Smart-eID Gesetz	3
S - 3	Atommüllendlager	4
S - 4	Neutralitätsgesetz auf deutschen Straßen	5
S - 5	Förderung von Dual-Fluid-Reaktoren	6
S - 6-Ä1	Änderungsantrag zu S - 6	7
S - 6	Regelung für die Ernennung von Bundesparteitagsdelegierten	8

Antrag S - 1: Steuererlassung auf E-Fuels

Laufende Nummer: 117

Antragsteller/in:	Kreisverband Lingen
Status:	eingereicht
Antragskommission:	Annahme
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, Steuern und Abgaben auf E-Fuels zu
- 2 erlassen.

Begründung

Der Straßenverkehr ist für 26% (2018) der CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich. Um Mobilität klimaneutral zu gestalten, werden zu Recht gewaltige Anstrengungen unternommen. E-Fuels werden in dieser Debatte jedoch wenig beachtet. Um den Kraftstoff zu gewinnen, wird der Luft CO₂ entzogen. Obwohl auch bei seiner Verbrennung CO₂ emittiert wird, kann man damit jeden Verbrenner klimaneutral fahren. Die gesamte Tankstellen-Infrastruktur könnte erhalten und weitergenutzt werden. Die Produktionskosten pro Liter Kraftstoff belaufen sich bei Benzin und Diesel auf nur etwas mehr als einen Euro. Wenn also alle Steuern und Abgaben wegfallen, könnten E-Fuels bereits jetzt wirtschaftlich sein. Perspektivisch könnten auch Schiffe und Flugzeuge so klimaneutral werden.

Ob sich E-Fuels als Technologie überhaupt durchsetzen können, ist nicht klar, aber man gibt ihr die Möglichkeit zur Entwicklung ohne Kosten durch Subventionen zu verursachen.

Antrag S - 2: Smart-eID Gesetz

Laufende Nummer: 118

Antragsteller/in:	Kreisverband Osnabrück-Land
Status:	eingereicht
Antragskommission:	Annahme
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Osnabrück-Emsland begrüßt die Einführung des am 05. Juli 2021
- 2 beschlossenen Smart-eID Gesetzes und die damit einhergehende Möglichkeit, den
- 3 Personalausweis auf dem Smartphone zu speichern, sodass das Smartphone als digitales
- 4 Legitimationsdokument genutzt werden kann.
- 5 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Funktion
- 6 zeitnah auf allen gängigen Smartphones genutzt werden kann, sofern es technisch
- 7 möglich ist und die Sicherheit vom Bundesamt für Sicherheit in der
- 8 Informationstechnik (BSI) als ausreichend erachtet wird.
- 9 Um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, setzen wir uns dafür ein, dass das
- 10 Ausweisen mit dem digitalen Personalausweis mittelfristig überall möglich sein
- 11 sollte.

Begründung

Die Bundesregierung hat mit dem „Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät“ (Smart-eID-Gesetz) einen wichtigen Schritt in Richtung Zukunft gemacht.

Das am 1. September 2021 in Kraft getretene Gesetz ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern die Speicherung ihres Personalausweises direkt in ihren Smartphones. Der Personalausweis muss dann nur noch einmal, bei der Übertragung der Daten aus dem NFC-Chip des Ausweisdokuments, an das Smartphone gehalten werden. Das neue Gesetz vereinfacht damit die Identifikation im Internet und bietet eine komfortable und zeitsparende Alternative zum Post-Ident- oder Video-Ident-Verfahren.

Die neuen Möglichkeiten werden in diesem Jahr wahrscheinlich allerdings nur Inhaber eines Samsung Galaxy S20 nutzen können. Damit es für Unternehmen und staatliche Institutionen lohnend ist, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten in der Praxis ihren Kunden anzubieten, muss die Funktion zeitnah auf allen gängigen Smartphones nutzbar sein.

Nach dem aktuellen Gesetz ist bei Polizei- und Grenzkontrollen noch der haptische Personalausweis vorzuzeigen, sodass dieser weiterhin immer mitzuführen ist. Mittelfristig muss es allerdings das Ziel sein, dass der digitale Personalausweis überall akzeptiert wird, um Bürgerinnen und Bürgern einen echten Mehrwert zu bieten.

Antrag S - 3: Atommüllendlager

Laufende Nummer: 119

Antragsteller/in:	Kreisverband Aschendorf Hümmling
Status:	eingereicht
Antragskommission:	Ablehnung
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

- 1 Die Junge Union im Bezirk Osnabrück-Emsland positioniert sich gegen die Errichtung
- 2 eines Atommüllendlagers im Verbandsgebiet. Sie unterstützt jegliche rechtliche und
- 3 politische Arbeit gegen die Errichtung eines Endlagers! Wir fordern die Streichung
- 4 des kompletten Verbandsgebietes aus der Liste potenzieller Standortregionen.

Begründung

Wir als Junge Union sehen das Verbandsgebiet als vorbelastet an. Mit der WTD 91 Anlage, dem AKW und der Brennelementfertigungsanlage Lingen sowie der großen Anzahl von Naturschutzgebieten, ist die Verbandsregion nicht geeignet, ein Standort zu werden. Zudem sehen wir eine Gefahr der dauerhaften Destabilisierung der Region aus wirtschaftlicher, sozialer sowie kultureller Sicht. Junge Familien mit Kindern werden nicht mehr in unsere Region ziehen, was zu einem Mangel an Arbeitnehmern in den Betrieben und Schülern in den Schulen führt. Damit einhergehend wird es zur Schließung und dem Abzug der Betriebe sowie der Verkleinerung bzw. Zusammenlegung der örtlichen Schulen kommen. Diese Gefahr besteht gerade im Bereich der dörflichen Grundschulen, welche es zu erhalten gilt. Dadurch werden den Landkreisen Einnahmen fehlen. Bei Investitionen werden sie auf das Ersparte und Kredite zurückgreifen, was zu einer finanziellen Belastung führen wird. Und das alles nur, weil es heißen wird: „Emsland? Da ist doch das Endlager!“ Darum sagen wir entschieden Nein zum Endlager!

Antrag S - 4: Neutralitätsgesetz auf deutschen Straßen

Laufende Nummer: 121

Antragsteller/in:	Kreisverband Lingen
Status:	eingereicht
Antragskommission:	Annahme
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert den Gesetzgeber auf, die Neutralität des
- 2 privaten und gewerblichen Verkehrs hinsichtlich der Nutzung des autonomen-Fahrens zu
- 3 garantieren und frühzeitig einen gesetzlichen Rahmen zur Gewährleistung der
- 4 Neutralität auf deutschen Straßen, ähnlich der Netzneutralität, zu schaffen.

Begründung

Die Netzneutralität war ein wichtiger Schritt hin zu einem fairen und offenen Internet. Die Mobilität der Zukunft und vor allem das autonome Fahren darf in der Gesellschaft nicht zur Spaltung führen. Es ist wichtig, dass das Nutzungsrecht deutscher Straßen und die damit verbundene Fahrgeschwindigkeit nicht vom Vermögen des einzelnen Abhängt. Die Mobilität spielt in einer modernen Gesellschaft eine entscheidende soziale und ökonomische Rolle, die nicht durch den ökonomischen Erfolg des Einzelnen Abhängen sollte.

Antrag S - 5: Förderung von Dual-Fluid-Reaktoren

Laufende Nummer: 122

Antragsteller/in:	Kreisverband Lingen
Status:	eingereicht
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Osnabrücks-Emsland spricht sich für die Förderung von Dual-Fluid-
- 2 Reaktor aus. Wir sehen darin eine Möglichkeit der emissionsfreien Energiegewinnung
- 3 und fordern daher den Gesetzgeber auf die Entwicklung eines Dual-Fluid-Reaktors zur
- 4 zivilen Stromerzeugung zu beschleunigen und weiter voranzutreiben.
- 5 Das Ziel muss sein, dass bis 2035 die ersten Dual-Fluid-Reaktoren ans Stromnetz
- 6 angeschlossen werden.

Begründung

Laut Experten eignen sich Dual-Fluid-Reaktoren viel besser für die zivile Nutzung und haben eine bis zu 10-fach höhere Effizienz im Vergleich zu den herkömmlichen Druckwasserreaktoren. Dazu können sie langstrahlenden Atommüll verwerten, der anstelle von mehreren Millionen Jahren dann nur noch 300 Jahre eingelagert werden müsste. Auch die Menge an produzierten strahlenden Müll ist um ein vielfaches geringer, da keine ineffizienten Brennstäbe benötigt werden. Außerdem lassen sich Flüssigsalzreaktoren auch mit dem Brennstoff Thorium betreiben, das viel häufiger in der Natur vorkommt. Die Vorteile sind nicht zu übersehen.

Für eine Umsetzung des Dual-Fluid-Reaktors bedarf es noch Jahre der Forschung und Weiterentwicklung des Systems. Jedoch ist es eine der vielversprechendsten auf der Ebene der Kernenergie.

Schlussendlich war es die richtige Entscheidung, die alten Reaktor-Typen stillzulegen. Jedoch ist es falsch die Kernkraft kategorisch als Energiequelle auszuschließen. Das widerspricht unserer technologieoffenen Bewältigungsstrategie gegen die Erderwärmung und dem Klimawandel.

Antrag S - 6-Ä1: Änderungsantrag zu S - 6

Laufende Nummer: 129 • Änderungsantrag zu S - 6

Antragsteller/in:	Antragskommission
Status:	eingereicht
Antragskommission:	Annahme mit Änderung
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

Zeile 3

- 1 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, dass für die Wahl der Delegierten des
- 2 Bundesparteitags in einem Kreisverband maximal die Hälfte der Delegierten
- 3 Berufspolitiker (~~MdB~~u. a. MdB, MdL, MdEP) sein dürfen, damit die Basis einen größeren Einfluss
- 4 in den wichtigen Entscheidungen der Bundespartei erhält.

Antrag S - 6: Regelung für die Ernennung von Bundesparteitagsdelegierten

Laufende Nummer: 123

Antragsteller/in:	Kreisverband Grafschaft Bentheim
Status:	eingereicht
Antragskommission:	Annahme mit Änderung
Antragsblock:	Sachanträge

Die Junge Union Osnabrück-Emsland möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert, dass für die Wahl der Delegierten des
- 2 Bundesparteitags in einem Kreisverband maximal die Hälfte der Delegierten
- 3 Berufspolitiker (MdB, MdL, MdEP) sein dürfen, damit die Basis einen größeren Einfluss
- 4 in den wichtigen Entscheidungen der Bundespartei erhält.

Begründung

Die Diskussionen der vergangenen drei Jahre um fehlende Beteiligung der Basis nach den letzten beiden Wahlen des Parteivorsitzes zeigen den Wunsch der Parteimitglieder nach mehr Einbindung, auch in den großen Fragen.

Traditionell gelten die Berufspolitiker als Delegierte in deren Kreisverbänden als „gesetzt“. Da viele Kreisverbände allerdings nur einen oder zwei Delegierte zum Bundesparteitag entsenden können, gehen „normale“ Parteimitglieder oftmals leer aus. So erhält der bisherige Bundesparteitag den Anstrich einer Eliteveranstaltung, auf dem Berufspolitiker die besten Entscheidungen für die eigene Person und/oder Fraktion treffen und nicht die beste für die gesamte Partei. Durch diese Forderung wird sich der Bundesparteitag aus deutlich mehr einfachen Parteimitgliedern zusammensetzen und eine höhere Akzeptanz unter den Mitgliedern haben.